

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GJ Berlin (dort beschlossen am: 19.09.2025)

Titel: **Gegen Kürzungen und autoritäre Sicherheit -
Für eine solidarische Stadt**

Antragstext

1 Der Senat kürzt - mal wieder. Bereits jetzt sind Einsparungen von rund drei
2 Milliarden Euro im Haushalt beschlossen worden. Sie treffen genau jene Bereiche,
3 die unsere Stadt zusammenhalten: Projekte für Kinder und Jugendliche,
4 Unterstützung für Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Alleinerziehende und
5 Menschen in Armut. Die soziale Infrastruktur wird von der CDU bewusst geopfert.

6 Besonders hart ist die Lage für wohnungslose Menschen und für Angebote der
7 Drogenhilfe. Im neuen Haushaltsentwurf sind keine Mittel mehr für die sozialen
8 und gesundheitspolitischen Maßnahmen des bisherigen Sicherheitspakets
9 vorgesehen. Damit fallen rund 30 Millionen Euro weg, die zuvor für aufsuchende
10 Arbeit, Prävention und Gesundheitsversorgung genutzt wurden. Das Peer-Projekt
11 der Drogenhilfe Fixpunkt, bei dem Menschen aus der Drogenszene gemeinsam mit
12 Sozialarbeiter*innen Spritzen einsammeln und Konsummaterialien entsorgen, steht
13 genauso vor dem Aus wie weitere erfolgreiche niedrigschwellige Angebote.
14 Parallel dazu soll der „Topf Saubere Stadt“ um die Hälfte gekürzt werden -
15 Kiezhausmeister in Friedrichshain-Kreuzberg und Parkläufer in vielen Stadtteilen
16 verlieren ihre Jobs, teilweise sind bereits Kündigungen ausgesprochen.

17 Schon länger ist klar, dass auch an den Hochschulen gekürzt werden soll.
18 Studierende und Beschäftigte protestieren gegen einen Kahlschlag, der Lehre,
19 Forschung und Studienbedingungen massiv verschlechtert. Präventive Arbeit gegen
20 Gewalt, Sozialarbeit und Infrastruktur werden abgebaut - während derselbe Senat
21 Millionen in einen Zaun um den Görlitzer Park und in Videoüberwachung steckt.
22 Hier zeigt sich ein falsches Verständnis von „Sicherheit“: Repression statt
23 Fürsorge, Überwachung statt sozialer Infrastruktur.

Diese Kürzungspolitik ist keine neutrale Haushaltsnotwendigkeit, sondern eine falsche, sozial ungerechte Prioritätensetzung. Der Staat entscheidet, wessen Leben abgesichert wird und wessen nicht. Die Politik des schwarz-roten Senates zerstört unsere kollektive Infrastruktur allen voran Kultur, Bildung, Sozialarbeit und Gesundheit – und verschiebt die Kosten auf diejenigen, die ohnehin am wenigsten haben. Während soziale Einrichtungen dichtmachen müssen, bleiben Eigentums- und Profitsicherungen unangetastet.

Es ist kein Zufall, dass immer wieder dieselben Bereiche getroffen werden: Dort, wo Menschen Freiräume haben, wo Solidarität organisiert wird, wo gesellschaftliche Teilhabe möglich ist, setzt der Senat bewusst den Rotstift an. Diese Infrastruktur macht Menschen unabhängiger von der kapitalistischen Verwertungslogik – und genau deshalb wird sie ins Visier genommen. Solidarische Strukturen werden zerstört, um Kapitalinteressen zu schützen.

Der Sicherheitsbegriff der CDU wird dabei klar sichtbar: mehr Überwachung, mehr Polizei, Kameras, Zäune sollen soziale Probleme befrieden, die eigentlich aus Armut, Prekarisierung und Marginalisierung entstehen. Wer arm ist, wer auf der Straße lebt, wer Drogen konsumiert, wird nicht als Mensch mit Rechten wahrgenommen, sondern als Sicherheitsrisiko. Diese Logik setzt sich auch in der geplanten Polizeinovelle fort und ist Teil eines autoritären Projekts, das gesellschaftliche Spaltung vertieft.

Austerität ist dabei kein Berliner Sonderweg, sondern Teil einer internationalen neoliberalen Strategie. Ob in Griechenland nach der Finanzkrise, in Spanien oder Italien - überall wurden öffentliche Ausgaben gekürzt, soziale Rechte beschnitten und stattdessen Polizei und Überwachung ausgebaut. Auch in Deutschland verhindert die Schuldenbremse weiterhin Investitionen in eine solidarisches Miteinander und einen starken Sozialstaat und das während Aufrüstungskosten keine Grenzen mehr gesetzt sind.

Dabei zeigt sich: Austeritätspolitik schafft den Nährboden für einen gesellschaftlichen Rechtsruck. Wenn soziale Sicherheiten zerstört, öffentliche Leistungen abgebaut und Ungleichheiten verschärft werden, wächst die Verunsicherung breiter Bevölkerungsschichten. Rechte Kräfte knüpfen genau daran an: Sie lenken die berechtigte Wut über soziale Missstände auf Geflüchtete, Migrant*innen oder marginalisierte Gruppen und verschieben den öffentlichen Diskurs nach rechts. Anstatt die Ursachen zu bekämpfen, werden Feindbilder konstruiert. Austerität und Autoritarismus gehen so Hand in Hand: Der Sozialstaat wird geschwächt, während gleichzeitig mehr Überwachung und Repression aufgebaut werden.

Und ohne einen Hehl daraus zu machen setzt die CDU ihrer menschenfeindlichen Politik noch die Krone auf, indem sie an der Demokratiebildung kürzen.

Unsere Demokratie ist durch Rechtsextreme bedroht und die CDU unterstützt, indem sie Projekten, die ihnen "zu woke" sind, den Geldhahn abdreht und den Menschen, die in diesem Bereich arbeiten ihre Jobs streicht.

Dabei gäbe es durchaus Möglichkeiten, durch höhere Einnahmen mehr haushaltspolitischen Spielraum zu schaffen. Berlin verfügt über zahlreiche Einnahmequellen, die bisher nicht ausgeschöpft werden: Die Grunderwerbsteuer könnte erhöht werden, um spekulativen Immobilienhandel stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen. Auch die Gebühren für Anwohnerparken sind nach wie vor viel zu niedrig und könnten - sozial abgefedert - einen spürbaren Beitrag leisten. Ebenso könnten höhere Zweitwohnungssteuern zusätzliche Einnahmen generieren.

Auf Bundesebene braucht es darüber hinaus eine grundlegende Wende in der Steuerpolitik: Die seit 1997 ausgesetzte Vermögensteuer muss endlich wieder eingeführt werden. Ihr Ertrag stünde den Ländern zu und würde jährlich Milliarden in die öffentlichen Haushalte spülen. Auch die Erbschaftsteuer bietet enormes Potenzial: Jedes Jahr werden Milliardenvermögen vererbt und verschenkt, doch vor allem die Reichsten profitieren von großzügigen Ausnahmen und Schlupflöchern, insbesondere durch privilegierte Behandlungen von Betriebsvermögen. Eine gerechte Reform würde sicherstellen, dass große Vermögen endlich ihren fairen Beitrag leisten und nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit verschont bleiben.

Hinzu kommt: Steuerflucht und aggressive Steuervermeidung entziehen auch Berlin jedes Jahr beträchtliche Summen. Eine konsequentere Bekämpfung von Steuerhinterziehung, eine stärkere Ausstattung der Finanzämter und eine gerechtere Gestaltung der Gewerbesteuer könnten weitere Milliarden freisetzen.

In der Realität aber spart der Senat soziale Projekte kaputt, während Vermögen unangetastet bleibt. Statt Reichtum konsequent zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzuziehen, wird immer wieder bei den Schwächsten gestrichen. Das ist kein „Sachzwang“, sondern eine bewusste politische Entscheidung - für die Profite weniger und gegen die solidarische Infrastruktur, die wir alle brauchen.

Für uns als GRÜNE JUGEND Berlin ist klar: Wir stellen uns gegen diese Kürzungspolitik und gegen das autoritäre Sicherheitsverständnis, das sie begleitet. Wir fordern den Erhalt und Ausbau von sozialer Infrastruktur: Drogenhilfe, Obdachlosenhilfe, Jugendprojekte, Schulsozialarbeit, Kultur, Prävention. Wir wollen echte Sicherheit – die Sicherheit, ein Dach über dem Kopf zu haben, medizinisch versorgt zu sein, in Würde zu leben und frei von Armut, Diskriminierung und Gewalt. Die CDU trägt mit ihrer Haushalts- und Sicherheitspolitik die Hauptverantwortung für den sozialen Kahlschlag, flankiert

101 von einer SPD, die sich diesem Kurs unterordnet. Dem setzen wir eine radikale
102 Gegenposition entgegen: Solidarische Infrastruktur statt Kürzungen, soziale
103 Sicherheit statt Überwachung, Umverteilung statt Austerität.

104 Wir wissen: Eine andere Politik fällt nicht vom Himmel. Sie muss erkämpft werden
105 – gemeinsam mit Gewerkschaften, Studierenden, Kulturprojekten,
106 Sozialinitiativen, mit den Menschen, die jetzt am härtesten von dieser Politik
107 getroffen werden. Die GRÜNE JUGEND Berlin wird dafür Bündnisse schmieden, auf
108 die Straße gehen und Druck machen. Denn diese Stadt gehört uns allen – nicht den
109 Kürzungspolitikern*innen im Roten Rathaus und schon gar nicht den
110 Eigentümer*innen, die immer reicher werden.

111 **Berlin ist und bleibt unkürzbar!**

Begründung

erfolgt mündlich